

VERANSTALTUNGSREIHE
UNSERE IDEEN FÜR EIN BESSERES
DEUTSCHLAND | SEITE 6



kontakt

Informationen der hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack



Liebe Leserinnen und Leser,

nach der Wahl ist vor der Wahl! Wir alle kennen diesen Spruch und gerade jetzt passt er besonders gut. Wir alle sind noch hoch beglückt über den erfolgreichen Ausgang der Landtagswahl und gehen gerade deshalb mit hoher Motivation in die beiden bevorstehenden Wahlkämpfen am 22. September. Auf der Wahlkreiskonferenz am 7. März bin ich mit großer Mehrheit erneut nominiert worden. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Mit so großem Vertrauen der Mitglieder lässt sich gut Wahlkampf machen. Jetzt sind wir in der Konzeptionierungsphase für den Wahlkampf.

Die Chance, am 22. September nach diversen erfolgreichen Landtagswahlen auch in Berlin eine rot-grüne Regierung zu stellen, sind gegeben. Die CDU ist verunsichert, die FDP hilf-

los und gemeinsam versinken sie im Chaos. Kaum ein Regierungsvorhaben lässt sich mehr realisieren, weil es zu keinem Thema eine Einigung gibt. Und wenn es eine gibt, dann erschreckt sie uns, wie wir es beim Nein zum NPD-Verbotsverfahren sehen.

Mit unserem Regierungsprogramm wollen wir den Herausforderungen der Zukunft begegnen. Die Reallöhne sind für zu viele Beschäftigte gesunken. Während Löhne unter Druck gerieten, hat die Ungleichverteilung der Vermögen zugenommen. Das Instrument der Leiharbeit wird missbraucht, um Tariflöhne zu umgehen. Niedriglohnbeschäftigung hat zugenommen. Der Staat muss jedes Jahr Milliarden von Euro zahlen, um Dumpinglöhne aufzustocken. Der neueste Trick ist der Missbrauch von Werkverträgen, die Selbständigkeit vorgaukeln, wo Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schutzlosen Tagelöhnern werden.

Die wichtigste Initiative – dass muss unser zentrales Projekt für Deutschland sein – ist die Verbesserung der Bildungschancen. Deshalb werden wir die Bildungsinvestitionen steigern! Wer bessere Bildung will, der muss auch bereit sein, für diejenigen, die in den letzten Jahren die größten Einkommenszuwächse hatten, die Steuern zu erhöhen.

Diese und viele andere Themen werden wir im Wahlkampf thematisieren und für unsere Überzeugungen werben.

Herzlichst
Kerstin Tack, MdB

Deutschland besser und gerechter regieren: Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land

Am 11. März 2013 wurde vom Parteivorstand einstimmig der Entwurf des SPD-Regierungsprogramms beschlossen. Dieser Programmentwurf ist das Ergebnis eines intensiven Diskussionsprozesses innerhalb und außerhalb unserer Partei. Auch konnten sich Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligen, im Willy-Brand-Haus sind dazu mehr als 40.000 Vorschläge eingegangen. Auf einem Bürger-Konvent wurden aus diesen Vorschläge ausgewählt, die jetzt Teil des Regierungsprogrammentwurfes sind.

Unser Programm steht für mehr soziale Gerechtigkeit und für eine Rundenerneuerung des Gesellschaftsmodells soziale Marktwirtschaft, denn vieles ist aus dem Lot geraten.

Wir wollen, dass der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht der Markt.

Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro und eine Stärkung der Tariflöhne, denn die Reallöhne sind für zu viele Beschäftigte gesunken, das Instrument der Leiharbeit wird missbraucht, um Tariflöhne zu umgehen. Die Niedriglohnbeschäftigung hat zugenommen. Der Staat muss jedes Jahr Milliarden von Euro zahlen, um Dumpinglöhne aufzustocken, von denen die Menschen nicht leben können.

Fortsetzung auf Seite 2

Kerstin Tack unterwegs



11.02.2013: Talk mit Tack: Kultur



12.02.2013: Mitgliederversammlung des SPD-Ortsverein Hainholz-Vinnhorst



13.02.2013: Bei der Mitglieder-versammlung der SPD-Ortsvereine Bothfeld und Vahrenheide-Sahlkamp



20.02.2013: Kerstin Tack mit Praktikant Felix in Berlin

Deutschland besser und gerechter regieren: Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land

Werkverträge werden missbraucht. Wir wollen das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche und gleichwertige Arbeit.

Bildung ist der Schlüssel für ein freies, selbstbestimmtes Leben. Und das steht allen zu. Wir wollen keine Gebühren: von der Kita bis zur Uni – schrittweise aber mit klarem Ziel. Und wir werden für ausreichend Ganztagsplätze sorgen. Familien mit kleineren Einkommen sollen vom neuen Kindergeld profitieren.

Damit starke Schultern wieder mehr tragen als schwache werden wir den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent anheben. Das gilt für sehr hohe Einkommen ab 100.000 Euro bzw. 200.000 Euro bei Ehepaaren. Hinzu kommt eine Vermögensteuer, die Normalverdiener mit Einfamilienhaus und auch den Mittelstand nicht belasten wird. Dasselbe gilt für Erbschaften. Kapitalerträge sollen aber künftig mit 32 statt mit 25 Prozent besteuert werden. Besondere Steuerprivilegien und Subventionen wird die SPD streichen, die Absetzbarkeit von Vorstandsgehältern und -abfindungen begrenzen. Auf europäischer Ebene wird es darum gehen, den grenzüberschreitenden Steuerbetrug zu beenden und mit der Spekulantensteuer die Finanzmärkte an den Krisenkosten zu beteiligen.

Im Gesundheitssystem und in der Pflege werden wir die Bürgerversicherung einführen für alle Neu- und gesetzlich

Versicherten. Eine gute Versorgung soll es für alle geben mit Beiträgen, die sich an der Leistungskraft der und des einzelnen orientieren. Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden wieder zu gleichen Teilen die Finanzierung sichern. Bisher privat Versicherte können ein Jahr lang befristet wählen, ob auch sie wechseln wollen.

Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, muss auch eine gute Rente bekommen. Für uns heißt das: ein abschlagsfreier Zugang zur Rente ab 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren, eine attraktive Teilrente ab 60, keine Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente und mehr Möglichkeiten für Zusatzbeiträge zur Rentenversicherung. Eine Solidarrente wird dafür sorgen, dass die Rente bei 30 Beitrags- und 40 Versicherungsjahren nicht unter 850 Euro liegt. Die Anhebung des Renteneintrittsalters wird die SPD aussetzen, solange nicht mindestens die Hälfte der Über-60-Jährigen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat. Die betriebliche Altersversorgung wird gestärkt und bis 2020 ein einheitliches Rentensystem für Ost und West eingeführt.

Nur in einem starken, einigen Europa können wir Wohlstand und Frieden sichern. Darum wollen wir die Europäische Union demokratisch weiterentwickeln: weg vom Europa der Märkte hin zu einem Europa der Bürgerinnen und Bürger und zu einer starken Sozialunion, die Lohndumping verhindert.

Besuchsgruppen in Berlin



21.02.2013:
Klasse der Herschelschule im Bundestag



21.02.2013:
Klasse der IGS Vahrenheide-Sahlkamp im Bundestag

Interview mit Karl Finke, Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen Niedersachsen

Herr Finke welche Aufgaben haben sie als Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung?

Als Landesbeauftragter der 1,29 Mio. Menschen mit Behinderungen in Niedersachsen, habe ich die Aufgabe die Interessen und Belange behinderter Menschen gegenüber Politik und Verwaltung zu vertreten. Hierbei ist besonders wichtig, dass die Stellung des Landesbeauftragten eigenständig und nicht an Aufträge und Weisungen gebunden ist. Diese eigenständige Funktion hat Modellcharakter gehabt und ist von anderen Bundesländern wie z. B. NRW und Bayern weitgehend übernommen worden. Stimme behinderter Menschen zu sein, ist die Aufgabe des Landesbeauftragten.

Wie weit ist der niedersächsische Aktionsplan für die Rechte von Menschen mit Behinderungen?

Der Niedersächsische Aktionsplan war in der vergangenen Legislaturperiode weitgehend erstellt. Er stieß jedoch bei behinderten Menschen aus verschiedenen Gründen auf erhebliche Kritik. Es erfolgte eine erneute Anhörung Mitte Dezember des vergangenen Jahres. Jetzt haben wir eine neue Landesregierung. Jetzt wird ein neuer Aktionsplan erstellt, der sich noch stärker an Inklusion und Partizipation behinderter Menschen orientiert.

Welche Impulse erwarten Sie von der neuen Landesregierung?

Von der neuen Landesregierung erwarte ich eine Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und dies kann selbstverständlich nicht sofort alles geschehen, man kann aber sofort starten. Wir brauchen also ein Sofort- und ein mittelfristiges Programm. Das Regierungsprogramm der SPD und die Koalitionsvereinbarung von rot/grün sind hier eine hervorragende Basis und wird auch bundesweit beachtet. Zentral bei allen Fragen ist hierbei: wie ist die Mitentscheidung behinderter Menschen direkt mit einbezogen? Partizipation und Inklusion sind zentrale Leitlinien der UN-Behindertenrechtskonvention.

Wo steht Niedersachsen bei der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Bundesvergleich?

Die Teilhabe behinderter Menschen ist im politischen Umfeld im Bundesvergleich durchweg schwach ausgeprägt. Hierbei bedarf es einer deutlichen Stärkung. Nehmen wir die Bundesebene, im Bundestag sind zwei Menschen mit einer sichtbaren Behinderung vertreten. Herr Schäuble (CDU), der im Laufe seines Lebens behindert wurde und nie aktiv in der Behindertenbewegung mitgewirkt hat, Herr Seifert (die Linke) der ein aktives Mitglied der



neuen Behindertenbewegung ist. SPD, Grüne und FDP – hier leider Fehlanzeige. Durch die besondere Stellung des Landesbeauftragten und dem Landesgleichstellungsgesetz sind erste Schritte zur Mitwirkung hier im Rahmen des Landesbehindertenbeirats gewährleistet. Hier ist Handlungsbedarf, damit behinderte Menschen nicht Steigbügelhalter für Dritte sind. Im Ländervergleich zeichnet sich Niedersachsen durch eine aktive Behindertenszene aus. Sie hat u. a. die Verfassungsergänzung zugunsten behinderter Menschen miterwirkt und wurde hierfür auch von der internationalen Liga für Menschenrechte mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille ausgezeichnet.

Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen

Am 01.01.2008 ist das Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (NBGG) in Kraft getreten. In Umsetzung des Gesetzes wurde aus dem bisherigen „Behindertenbeauftragten“ Karl Finke, der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen.

Wesentlicher Auftrag des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen ist es, darauf hinzuwirken, dass diese gesetzlichen Vorgaben verwirklicht und von den öffentlichen Stellen beachtet werden.

Quelle:
<http://www.behindertenbeauftragter-niedersachsen.de/index.php/behindertenbeauftragter.html>

Weitere Informationen im Internet: www.behindertenbeauftragter-niedersachsen.de

Kontakt:

Landesbeauftragter für
Menschen mit Behinderungen
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2
30159 Hannover
Telefon 0511/120-4007
Telefax: 0511/120-994007
E-Mail:
karl.finke@ms.niedersachsen.de



Kerstin Tack, SPD erneut für den Bundestag nominiert

Am 07. März 2013 wurde Kerstin Tack in der Wahlkreis-Konferenz der SPD erneut für den Bundeswahlkreis Hannover-Nord aufgestellt. Die Bundestagswahl findet am 22. September 2013 statt. In ihrer Rede stimmte Kerstin Tack die Anwesenden auf die Themen des Bundestagswahlkampfes ein.

Unter der derzeitigen Bundesregierung sei einiges aus dem Lot geraten: Die Kluft zwischen Arm und Reich werde immer größer, Frauen und Männer könnten von ihrer Arbeit nicht leben und auch die Rente reiche bei vielen nicht aus. Trotz Rekord-Steuereinnahmen wachse der Schuldenberg, den die nachfolgenden Generationen bezahlen müssten. Vielen jungen Menschen fehle die Perspektive. Die schwarz-gelbe Bundesregierung habe es verpasst, die Entwicklungen zu nutzen, um den wirtschaftlichen Erfolg anzukurbeln und gute Arbeitsplätze zu entwickeln.

Eine zentrale Rolle im Wahlprogramm der SPD spielen auch die Themen Bildung, Gleichberechtigung und Zusammenleben. Jeder hat das Recht auf Bildung, deswegen will die SPD ein gebührenfreies Lernen von der Kita bis zur Uni. Das von Union und FDP eingeführte Betreuungsgeld ist bildungsfeindlich und muss daher wieder abgeschafft werden. Die SPD setzt sich ein für eine moderne und freie Gesellschaft, dazu gehören auch alternative Lebensformen. Gleichgeschlechtliche Paare dürfen nicht länger benachteiligt werden, weder in der Ehe, noch beim Steuer- oder Adoptionsrecht. Ferner will die SPD mit einem Endgeldgleichheitsgesetz dafür sorgen, dass Frauen bei gleicher Arbeit den gleichen Lohn wie Männer erhalten.

Ein handlungsfähiger Staat und Schuldenabbau sind ein wichtiges Kriterium für sozialdemokratische Steuerpolitik. Daher will die SPD den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent erhöhen, sowie eine Vermögenssteuer einführen.

Ein weiterer Bestandteil des Programms ist die Forderung nach einem gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro ein. Den jungen Menschen in unserem Land will die SPD ein Recht auf Ausbildung zusichern und die Arbeitslosenversicherung soll zur Arbeitsversicherung weiterentwickelt werden.

Verbraucherschutz in der digitalen Welt

Nach einem dreiviertel Jahr harter Arbeit ist die Projektgruppe Verbraucherschutz im Rahmen der Enquetekommission Internet und digitale Gesellschaft abgeschlossen. Für die SPD-Fraktion habe ich diese Projektgruppe angeführt. Wir haben alle Facetten der Verbraucherschutzpolitik im digitalen Bereich beleuchtet, konnten viele Probleme markieren und weitreichende Lösungsvorschläge an den Deutschen Bundestag adressieren. Die Inhalte haben wir als SPD gesetzt und geschrieben, gemeinsam mit der von uns bestellten Sachverständigen der Verbraucherzentralen, Cornelia Tausch.

Das Internet und seine Möglichkeiten werden immer mehr Teil des täglichen Lebens der Verbraucherinnen und Verbraucher. Von der einfachen Information über den Kauf von Produkten und den Abschluss von Verträgen bis hin zur Pflege sozialer Netzwerke. Die digitale Welt bildet immer mehr Teile unserer bisherigen Realität ab. Deshalb ist es besonders wichtig, dass sich auch die Politik mit diesen Themen auseinandersetzt. Und mir ist es besonders wichtig, dass VerbraucherInnen dabei nicht zu kurz kommen. Denn auch im Internet erleben wir was passiert, wenn man einen Markt unbeaufsichtigt lässt: Ein paar Marktteilnehmer benehmen sich daneben. So werden VerbraucherInnen im Internet immer wieder regelrecht abgezockt oder ihre Daten missbräuchlich verwendet. Wir müssen daher in allen Bereichen dafür sorgen, dass Transparenz, Aufsicht und Information gleichermaßen gegeben sind. Probleme ergeben sich auch schon auf einer deutlichen niedrigeren Schwelle: Etwa wenn VerbraucherInnen Werbung anklicken, ohne dass sie wissen, dass es sich um Werbung handelt oder wenn sie Suchmaschinen nutzen, ohne zu wissen, welche Daten erfasst werden und wozu diese verwendet werden.

Wir haben konkrete Antworten auf die wesentlichen Verbraucherfragen: So wollen wir massenhafte Abmahnungen durch eine klare Begrenzung der Gebühren auf unter 100 Euro in den Griff bekommen und unseriöse Inkassounternehmen künftig besser beaufsichtigen.

Um die Durchsetzung der Verbraucherrechte zu gewährleisten, fordern wir einen Marktwächter Digitale Welt, der Verbraucherbeschwerden aufnimmt, kanalisiert und im Zweifel auch mittels kollektiver Klagerechte durchsetzt. Ergänzend fordern wir die Einführung einer Online-Plattform, auf der Verbraucherprobleme im Austausch mit der Wirtschaft geklärt werden. Auf einer solchen Plattform können Beschwerden direkt geäußert und an die Anbieterseite herangetragen werden.

Auch in weiteren Fragen setzt sich die Problematik fort: Wir wollen einen Verbraucherschutz, der sich an der Realität der VerbraucherInnen orientiert, während die schwarz-gelbe Koalition einfach nur mehr Informationen bereitstellen will. Das heißt, wir müssen Verbraucherverhalten in der digitalen Welt erforschen und für eine fortlaufende Bildung der Verbraucherinnen und Verbraucher sorgen. Wir müssen die Daten der VerbraucherInnen und schützen, anstatt in allgemeinen Geschäftsbedingungen darauf hinzuweisen, dass sie verarbeitet werden. Wir brauchen zudem einen Sachverständigenrat bei der Bundesregierung und ein jährliches Verbraucherpanel.

Der Aktionsplan Gleichstellung der SPD-Bundestagsfraktion

Frauen und Männer müssen über das gesamte Leben hinweg gleiche Chancen auf eine eigenständige Existenzsicherung haben. Dafür kämpft die SPD bereits seit 150 Jahren.

Von dem Leitbild einer partnerschaftlichen Gesellschaft von Frauen und Männern sind wir aber noch weit entfernt und etliche Forderungen sind immer noch aktuell: Frauen werden schlechter bezahlt, Frauen arbeiten vorwiegend in prekären Arbeitsverhältnissen, Frauen sind selten Chefinnen und sitzen weniger in Parlamenten.

Diese Ziele sind auch nur über Gesetze erreichbar - und nicht über schwarz-gelbe Appelle oder freiwillige Selbstverpflichtungen. Die Zeit ist reif für gesetzliche Geschlechterquoten für Aufsichtsräte und Vorstände. Nur so können wir Frauen zu ihrem Recht auf gleiche Teilhabe, auch in den Schaltstellen von Behörden und Unternehmen, verhelfen.

Mit der Vorlage des „Aktionsplans für die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern“ hat die SPD -Bundestagsfraktion nun ein gleichstellungspolitisches Gesamtpaket geschnürt.

Wir wollen u.a. dafür sorgen, dass es mit einem Entgeltgleichheitsgesetz eine gerechte Entlohnung von Frauen und Männern gibt. Die Betriebe sollen verpflichtet werden, gegen geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung vorzugehen. Jetzt haben Frauen am Ende ihres Erwerbslebens fast 60 Prozent weniger verdient als Männer. Dies hat strukturelle, auf keinen Fall aber selbst verschuldete Gründe. Mit dem Gesetz müssen Gehaltsstrukturen in den Unternehmen offen gelegt und auf Diskriminierung abgeklopft werden. Erhärtet sich der Verdacht auf ungleiche Bezahlung, muss der Arbeitgeber die Diskriminierung beenden. Bleibt er untätig, wird er mit Bußgeldern sanktioniert.

Auch muss ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde eingeführt werden.

Die geringfügige Beschäftigung - weitgehend eine Frauendomäne - muss dringend reformiert werden. Das hat vor zwei Jahren auch eine Sachverständigenkommission in ihrem Gutachten zum Gleichstellungsbericht empfohlen. Doch statt Minijobs einzudämmen, hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Verdienstgrenze auf 450 Euro angehoben und damit das Einfallstor für Armutslöhne noch ein Stück weiter aufgestoßen. Wir werden die geringfügige Beschäftigung eindämmen und wieder für mehr sozialversicherungspflichtige Jobs sorgen. Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass im Minijob die regulären Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsanspruch) eingehalten werden.

Mehr Frauen müssen Zugang zu Führungspositionen bekommen, dafür muss eine gesetzliche Quote von mindestens 40 Prozent für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen eingeführt werden. Auch die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf /Karriere müssen verbessert werden.

Kerstin Tack unterwegs



31.01.2013: Red Hand Day gegen Kindersoldaten



05.02.2013: Talk mit Tack Pflege



15.02.2013: Verleihung des 2. Preises der Eiswette an den Sportverein Borussia



07.03.2013: Frauenfrühstück

UNSERE IDEEN FÜR EIN BESSERES DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGSREIHE DER VIER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN IN DER REGION HANNOVER

Wir wollen die Dinge im Bundestag besser machen: Für Sie, für Hannover und die Städte und Gemeinden in der Region Hannover. Seit 150 Jahren sind es sozialdemokratische Ideen, die unser Land voranbringen.

Und auch in diese Bundestagswahl am 22. September gehen wir wieder mit guten Konzepten, die in die Zukunft weisen. Gemeinsam möchten wir Ihnen gerne an vier Abenden unser Regierungsprogramm vorstellen.

VIER ABENDE. UNSER PROGRAMM. IHRE FRAGEN.

Im Wahlkreis 48 von Dr. Matthias Miersch

26. April 2013 | 19:00 Uhr

Forum der Albert-Einstein-Schule
Wülferoder Straße 48 | 30880 Laatzen

Im Wahlkreis 43 von Edelgard Bulmahn

22. Mai 2013 | Hannover

Im Wahlkreis 42 von Kerstin Tack

27. Mai 2013 | 19:00 Uhr | Stephansstift
Kirchröder Straße 44 30625 Hannover

Im Wahlkreis 44 von Caren Marks

29. Mai 2013 | 31515 Wunstorf
Kultur- und Veranstaltungszentrum Abtei
Wasserzucht 1

Weitere Informationen auf den Internetseiten der Bundestagsabgeordneten.

Die Sitzungswochen des Deutschen Bundestages von April bis Juni:

15.-19. April | 22.-26. April | 13.-17. Mai

3.-7. Juni | 10.-14. Juni | 24.-28. Juni

Impressum:

kontakt | Ausgabe 2/2013 | V.i.S.d.P.: Kerstin Tack
Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover
www.kerstin-tack.de

kerstin.tack@wk.bundestag.de

Redaktion: Thilo Scholz | Frank Straßburger

Gedruckte Auflage: 1.000 Exemplare

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19.03.2013

Nächster Erscheinungstermin: 07/2013

Bildnachweise:

S. 1 Berliner Bären | juli/photocase.com

S. 5 Karl Finke | Karl Finke

Aus meinem Terminkalender April bis Juni 2013

Marktwoche im Mai:

18. Mai	10:00 Uhr	Markt Hinter der Alten Burg (Misburg)
21. Mai	11:00 Uhr	Markt an der Friedenskirche (Zooviertel)
29. Mai	10:00 Uhr	Markt auf dem Moltkeplatz (List)
29. Mai	11:30 Uhr	Markt auf dem Jahnplatz (Vahrenwald)
30. Mai	10:00 Uhr	Markt auf dem Schaperplatz (Kleefeld)
30. Mai	14:30 Uhr	Markt in der Lister Meile/Gretchenstraße (Oststadt)
30. Mai	15:30 Uhr	Markt auf dem Sahlkampmarkt (Sahlkamp)
31. Mai	9:00 Uhr	Markt auf dem Stöckener Markt (Stöcken)
31. Mai	10:00 Uhr	Markt auf dem Klopstockmarkt (List)
31. Mai	13:00 Uhr	Verteilung vor der Fa. Kaufland in der Krepfenstraße (Hainholz)
31. Mai	14:30 Uhr	Markt am Einkaufspark Klein Buchholz (Bothfeld)
31. Mai	15:30 Uhr	Markt auf dem Roderbruchmarkt (Groß Buchholz)

Weitere Termine:

6. April	Kreativ-Workshop für den Bundestagswahlkampf von Kerstin Tack, Hannover
8. April	Gründung des Jungen Teams für Kerstin Tack, Hannover
10. April	Veranstaltung zur Überschuldung, Lübeck
11. April	Besuch der IG Metall Senioren Stöcken, Hannover
14. April	Programmparteitag der SPD, Augsburg
18. April	Gespräch mit deutschen und israelischen Schülern im Bundestag, Berlin
27. April	Fünf Jahre Nachbarschaftstreff List NordOst, Hannover
29./30. April	Hospitation bei FairKauf, Hannover
1. Mai	Teilnahme an der Kundgebung des DGB, Hannover
2. Mai	Gründung des Senioren-Teams für Kerstin Tack, Hannover
3. Mai	Besuch des Bildungswerks der Niedersächsischen Wirtschaft, Hannover
15./16. Mai	Besuch von 50 politisch interessierten Bürgern in Berlin
17. Mai	Ladies' Day der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin
23. Mai	Festakt zum 150. Geburtstag der SPD, Leipzig
26. Mai	Jubilarehrung der SPD Misburg, Hannover
28. Mai	Gespräch mit einer Klasse des Kurt-Schwitters-Gymnasiums, Berlin
28. Mai	Podiumsdiskussion „Soziale Stadt“, Hannover
30. Mai	Verleihung des Bürgerpreises des Stadtbezirks Vahrenwald-List, Hannover
1. Juni	Zukunftskongress „Hannover 2030“, Hannover
4. Juni	Gespräch mit einer Klasse der Schillerschule, Berlin
6. Juni	Gespräch mit der Initiative Soziale Stadt Hannover, Berlin
7. Juni	Finanzdienstleistung-Konferenz IFF, Hamburg
8. Juni	Stadtteilstadtteilfest Klopstockmarkt
9. Juni	Lister Meilenfest
10. Juni	Gespräch mit einer Klasse der Leinetalschulen, Berlin
22. Juni	Fest der Kulturen im Neuen Rathaus, Hannover
25. Juni	Gespräch mit einer Gruppe der Hannoverschen Werkstätten, Berlin
29. Juni	Radtour der SPD-Bezirksratsfraktion Vahrenwald-List, Han.
30. Juni	Großer Schützenumzug, Hannover

Weitere Informationen zu den Terminen finden Sie auf www.kerstin-tack.de

BürgerInnensprechstunde von Kerstin Tack

8. April 2013 14:00 bis 17:00 Uhr

7. Mai 2013 15:00 bis 18:00 Uhr

18. Juni 2013 15:00 bis 18:00 Uhr

BürgerInnenbüro Kerstin Tack | Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover

Um Anmeldung wird gebeten unter Tel. 0511 69 98 05 oder per E-Mail an kerstin.tack@wk.bundestag.de